



7

Institut für Föderalismus  
Institut du Fédéralisme  
Institute of Federalism

Universität Freiburg  
Institut für Föderalismus  
Av. Beauregard 1  
CH – 1700 Freiburg

## Kantonale Volksabstimmungen vom 28. November 2021 – *Die Ergebnisse*

### Les votations cantonales du 28 novembre 2021 – *Les résultats*

#### Übersicht / Aperçu

---

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

#### 1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



**BS** Kantonale Initiative «JA zum ECHTEN Wohnschutz!»



**GE** Loi modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Mécanisme de destitution d'un membre du Conseil d'Etat)



**GE** Loi modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Conseil administratif des communes)



**VS** Initiative populaire « Pour un canton du Valais sans grands prédateurs »

## 2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



**GE** Loi concernant le traitement et la retraite des conseillers d'Etat et des magistrats de la Cour des comptes (Contreprojet à l'initiative 174)



**GE** Loi modifiant la loi sur les heures d'ouverture des magasins (fac.)



**OW** Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Fak.)



**SH** Änderung des Steuergesetzes (Anpassungen an Bundesrecht; Flexibilisierung Gewinnsteuersatz) (Oblig.)



**ZH** Energiegesetz (Änderung: Umsetzung der MuKE 2014) (Fak.)

## 3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



**GE** Initiative populaire « Pour l'abolition des rentes à vie des Conseillers d'Etat » (Avec contreprojet)

#### 4. Finanzreferendum / Référendum financier :



**BL** Landratsbeschluss betreffend kantonales Integrationsprogramm 2bis (2022-2023); Ausgabenbewilligung (Fak.) (CHF 1'498'188.–)



**LU** Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz in Luzern Nord (Emmen) (CHF 177.4 Mio.)



**NE** Décret portant octroi d'un crédit d'engagement de CHF 186 Mio. pour la réalisation du contournement est de La Chaux-de-Fonds par la route principale suisse H18 (fac.)



**UR** Baukredit für den Ersatzneubau des Werkhofs Betrieb Kantonsstrassen (Oblig.) (CHF 10.9 Mio.)

#### Im Detail / Dans le détail

---

## BL



Landratsbeschluss vom 20. Mai 2021 betreffend kantonales Integrationsprogramm 2bis (2022-2023); Ausgabenbewilligung (LRV 2021/70)

**JA (58.91%)**  
**58.97%**

Stimmbeteiligung

Am 20.05.2021 hatte der Landrat der Ausgabenbewilligung für das Kantonale Integrationsprogramm 2bis (KIP 2bis, 2022–2023) in der Höhe von CHF 1'498'188.- mit 61 gegenüber 22 Stimmen zugestimmt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Im Kantonalen Integrationsprogramm 2bis sind spezifische Massnahmen und Projekte zur Integration der ausländischen Bevölkerung für zwei Jahre (2022 und 2023) vorgesehen. Es werden hauptsächlich Massnahmen und Projekte zur sprachlichen Integration ausserhalb der Schule, der Ausbildung und des Arbeitsplatzes finanziert.

Die Finanzierung von Massnahmen und Projekten aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene) bildet *nicht* Gegenstand der Abstimmung, da es sich dabei um gesicherte Bundesgelder handelt («Integrationspauschale»).

Das KIP wird regelmässig von Bund und Kanton überprüft. Zwangsmassnahmen bei fehlendem Integrationswillen sind im Ausländerrecht verankert. Bei einer Ablehnung des Landratsbeschlusses würden einerseits die kantonalen Gelder für die Integrationsarbeit in der Höhe von CHF 1'498'188.- wegfallen, andererseits müsste der Kanton auf Bundesgelder in der Höhe von CHF 1'728'600.- verzichten.

Für den *Regierungsrat* und für eine *Mehrheit des Landrats* leistet das KIP 2bis einen wichtigen Beitrag zur Integration und zur Chancengleichheit der ausländischen Bevölkerung. Eine Ablehnung des KIP 2bis würde die koordinierte Integrationsarbeit des Kantons und der Gemeinden schwächen sowie langjährige Integrationsleistungen gefährden.

Der *Regierungsrat* unterstreicht, dass die internationale und mehrsprachige Bevölkerungszusammensetzung im Kanton BL einen Mehrwert darstelle. Das KIP bewähre sich und setze seit 2014 erfolgreich Integrationsmassnahmen und -projekte um, weshalb ein Wegfall der KIP-Gelder kontraproduktiv sei.

Die *Gegner der Vorlage (Referendumskomitee)* argumentieren hingegen, dass mit dem Programm zu viele Kleinstprojekte unterstützt würden, deren Integrationswirkung man nicht messen könne. Dieses Geld solle besser in einige wenige Integrationsprojekte investiert werden, beispielsweise in Projekte zur sprachlichen Unterstützung. Die Teilnahme an den Projekten müsse an Auflagen geknüpft sein. Zudem solle die Erreichung der gesetzten Ziele kontrolliert werden.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## BS



**Kantonale Initiative «JA zum ECHTEN Wohnschutz!»**

**JA (53.12%)**  
**68.01%**

**Stimmbeteiligung**

In der Kantonsverfassung BS ist festgehalten, dass der Staat sich für den Erhalt und Schutz des bestehenden Wohnraums einsetzt.<sup>1</sup> Entsprechend wurde das Wohnraumfördergesetz mit Bestimmungen wie der Beschränkung von Mietzinsaufschlägen und Mietzinskontrolle bei Sanierung und Umbau ergänzt. Die Stimmbevölkerung hat die Gesetzesänderungen an der Abstimmung im November 2020 gutgeheissen.<sup>2</sup> Die zur Abstimmung vorgelegte Initiative fordert einen *weitergehenden* Wohnschutz und *weitere* Anpassungen am Wohnraumfördergesetz.

Im Jahr 2018 hat die Basler Stimmbevölkerung die sogenannte «Wohnschutzinitiative» angenommen.<sup>3</sup> Seither ist in der Kantonsverfassung verankert, dass der Staat den Erhalt von bestehendem bezahlbarem Wohnraum fördert und dafür sorgt, dass die Wohnbevölkerung wirksam vor Kündigung und Verdrängung geschützt wird.

<sup>1</sup> § 34 Bst. 4 [Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005](#); SG 111.100.

<sup>2</sup> Grossratsbeschluss vom 23.04.2020 betreffend Änderung des Gesetzes über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG), angenommen mit 50.05% JA (tatsächlich 28'307 JA gegen 28'251 NEIN also ein Unterschied von 56 Stimmen) und einer Stimmbeteiligung von 57.77% ; vgl. [Newsletter des IFF vom 28.11.2020](#), S. 9 ff.

<sup>3</sup> Kantonale Initiative «Wohnen ohne Angst vor Vertreibung. JA zu mehr Rücksicht auf ältere Mietparteien (Wohnschutzinitiative)», angenommen mit 61.86% JA und einer Stimmbeteiligung von 43.87%, vgl. [Newsletter des IFF vom 10.06.2018](#), S. 9 f.

In der Folge hat der Grosse Rat das Wohnraumfördergesetz angepasst. Neu eingeführt wurden unter anderem eine zusätzliche Bewilligungspflicht und Mietzinskontrolle bei Sanierung, Umbau und Abbruch (Ersatzneubau) von bezahlbarem Mietwohnraum. Als bezahlbar und somit geschützt gilt die günstigere Hälfte der Mietwohnungen. Die Mieterinnen und Mieter erhalten zudem das Recht, nach einer Sanierung oder einem Umbau in die Wohnung zurückzukehren. Sanierungen und Umbauten im bewohnten (ungekündigten) Zustand sind von der Bewilligungspflicht und Mietzinskontrolle ausgenommen.

Die nun zur Abstimmung stehende Initiative «JA zum ECHTEN Wohnschutz!» würde deutlich weitergehen und wesentlich schärfere Bestimmungen verlangen. So möchte die Initiative nicht nur die günstigen, sondern mit wenigen Ausnahmen alle Mietwohnungen schützen und einer Bewilligungspflicht mit Mietzinskontrolle unterstellen. Im Gegensatz zum bereits beschlossenen Wohnraumfördergesetz sollen die Bewilligungspflicht und Mietzinskontrolle zudem nicht nur für baubewilligungspflichtige Vorhaben eingeführt werden, sondern für sämtliche Umbauten, Renovationen und Sanierungen, die über den einfachen Unterhalt hinausgehen.

Dies gilt unabhängig davon, ob sie im bewohnten oder unbewohnten Zustand erfolgen. Je nach Art des Bauvorhabens ist ein Meldeverfahren, ein vereinfachtes oder ein umfassendes Bewilligungsverfahren notwendig. Vorgebracht wird zudem, dass die maximal erlaubten Mietzinsaufschläge zumindest im vereinfachten Bewilligungsverfahren tiefer angesetzt seien als mit den Gesetzesbestimmungen per 01.01.2022. Beim umfassenden Verfahren seien die Mietzinsaufschläge an einschränkende Bedingungen geknüpft, die maximale Höhe sei aber nicht festgelegt.

Das *Initiativkomitee* ist überzeugt, dass Grossinvestoren und Grossinvestorinnen keine oder zu wenig Rücksicht nehmen würden. Diese fehlende Rücksicht würde dann auch all jene treffen, die selbst fair vermieten. Eine Annahme der Initiative stärke den Schutz für den Mittelstand und insbesondere auch ältere Mieterinnen und Mieter, was eine Kernforderung der Basler Altersorganisationen darstelle. Damit würde übermässigen Mietzinserhöhungen entgegengewirkt. Schliesslich könnten faire Vermieterinnen und Vermieter von einem einfacheren Verfahren profitieren, weil auf eine strenge Bewilligungspflicht verzichtet würde.

Der *Regierungsrat* vertritt eine andere Meinung. Er verweist auf die neuen Gesetzesbestimmungen, die per 01.01.2022 in Kraft treten. Dadurch sollen Mieterinnen und Mieter von bezahlbaren Wohnungen wirksam vor übermässigen Mietzinserhöhungen geschützt werden. Es besteht nach Auffassung des Regierungsrats also bereits ein wirkungsvoller Wohnschutz.

Ein noch stärkerer Eingriff hätte gemäss dem Regierungsrat negative Folgen für alle: Es bestehe die Gefahr, dass künftig verstärkt nur «Pinselsanierungen» vorgenommen werden. Energetisch wichtige Investitionen würden ausbleiben, ebenso Investitionen in die Hindernisfreiheit und Altersgerechtigkeit. Zudem würde die Initiative zu einem grossen bürokratischen Aufwand führen.

Schliesslich enthalte die Initiative zahlreiche unbestimmte Begriffe, die in ihrer Umsetzung erst noch geklärt werden müssten. Bei Annahme der Initiative müssten die Gesetzesänderungen innert sechs Monaten in Kraft treten. Die Zeit würde nicht reichen, um eine ausgereifte, praxistaugliche Verordnung zu erarbeiten. Auch die Initiative könne nicht sicherstellen, dass es keine Kündigungen mehr gibt.

An seiner Sitzung vom 08.09.2021 sprach sich der Grosse Rat mit 48 zu 44 Stimmen gegen die Initiative «JA zum ECHTEN Wohnschutz!» aus.

## **Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)





## 1. Initiative populaire 174 « Pour l'abolition des rentes à vie des Conseillers d'Etat »

### Participation

OUI (77.85%)  
54.0%

Il s'agit d'une initiative législative non formulée qui charge le Grand Conseil de modifier la législation en vigueur relative au traitement et à la retraite des membres du Conseil d'Etat et de la chancelière ou du chancelier d'Etat. Elle demande, d'une part, de limiter à 24 mois la durée de versement d'une rente annuelle après la fin de leur mandat respectif. Elle vise, d'autre part, à plafonner le montant de la rente versée à 70% du dernier traitement annuel, en précisant que le montant total des rentes cumulées de tous les mandats ne doit pas excéder les 70% du dernier traitement annuel.

Pour le *Comité d'initiative*, rien ne justifie qu'une Conseillère ou un Conseiller d'Etat en fin de mandat bénéficie de privilèges particuliers sous la forme d'une rente à vie. Le système actuel constituerait une inégalité de traitement injustifiée en faveur des magistrates et magistrats par rapport à la population.

En plus d'être injustes, les rentes à vie constitueraient une pratique coûteuse représentant une dépense de plus de CHF 3 Mio. par an, que les Conseillères et Conseillers d'Etat en exercice n'arrivent plus à financer par leurs propres cotisations.

Le système de rentes à vie ne serait plus en phase avec le monde actuel. Aujourd'hui, la majorité des citoyennes et citoyens changera plusieurs fois d'emploi au cours de sa vie. Il est injuste que seules les Conseillères et Conseillers d'Etat et les Chancelières et Chanceliers échappent à cet état de fait.

Certes, le comité d'initiative reconnaît que le rôle de Conseiller ou de Conseillère d'Etat est particulier et représente une charge de travail et personnelle particulièrement lourde, mais cela serait également le cas pour d'autres postes à hautes responsabilités dans le secteur privé comme public.

La majorité du Grand Conseil a refusé cette initiative et a accepté le principe d'un *contreprojet* (cf. point 2 page 7 de cette Newsletter).

Pour une *minorité du Grand Conseil*, la situation actuelle ne serait pas acceptable et le versement de rentes à vie ne se justifie pas, dès lors que les membres du Conseil d'Etat quittent parfois leur poste bien avant l'âge de la retraite et sont en capacité de retrouver une activité afin de subvenir à leurs besoins. Cette minorité soutient la réponse apportée par l'initiative, tout en reconnaissant la nécessité de légiférer de manière plus large sur ce sujet.

Le *Conseil d'Etat* partage le constat des initiants et a déposé en 2017 un projet de loi visant à réformer le système actuel, en remplaçant la rente à vie par un dispositif comportant, d'une part, une allocation de fin de fonction et, d'autre part, des prestations relevant de la prévoyance professionnelle.

A ses yeux, il serait néanmoins important de conserver l'attractivité de la fonction de conseillère ou de conseiller d'Etat, fonction certes honorifique et gratifiante, mais aussi très exigeante et exposée, sans aucune garantie de renouvellement des mandats. A ce titre, le versement d'une allocation de fin de fonction aurait aussi pour objectif de garantir l'indépendance des membres du Conseil d'Etat ainsi que d'éviter les éventuels conflits d'intérêts et risques de corruption.

Lors de sa séance du 25.11.2020, le Grand Conseil a refusé l'initiative 174 par 56 non contre 34 oui et 1 abstention.

## 2. Loi concernant le traitement et la retraite des conseillers d'Etat et des magistrats de la Cour des comptes (LTRCECC)

(Contreprojet à l'IN 174) (12187), du 25 mars 2021

Participation

OUI (56.01%)  
54.0%

Afin de se conformer aux dispositions du droit fédéral en matière de prévoyance professionnelle, cette loi mettrait fin au système de rente à vie et affilierait les membres du Conseil d'Etat et les magistrates et magistrats de la Cour des comptes à la Caisse de prévoyance de l'Etat de GE (CPEG). Cette loi prévoit également une prestation de fin de fonction de 50% du dernier traitement (35% pour la Cour des comptes) pour au minimum 3 ans et au maximum 5 ans. Enfin, la chancelière ou le chancelier d'Etat n'entrerait plus dans le champ d'application de la nouvelle loi, son statut s'apparentant à celui des cadres de la fonction publique.

Ce contreprojet devrait remplacer la loi concernant le traitement et la retraite des conseillers d'Etat et du chancelier d'Etat<sup>4</sup> et la loi concernant le traitement et la retraite des magistrats de la Cour des comptes<sup>5</sup>. Il ne modifierait pas la rémunération des membres du Conseil d'Etat et des magistrates et magistrats de la Cour des comptes.

Une minorité du Grand Conseil s'y oppose.

De l'avis de l'ensemble des partis politiques représentés au Grand Conseil, le dispositif en place ne correspond plus aux réalités actuelles, les membres du gouvernement étant élus de plus en plus jeunes et terminant ainsi pour certains leur mandat bien avant l'âge de la retraite. Dans ce contexte, une rente à vie ne se justifierait plus. En revanche, le versement d'une indemnité limitée dans le temps pourrait permettre une transition vers une réinsertion dans le marché du travail, après l'accomplissement d'un mandat très exposé.

De plus, le système actuel devrait être adapté afin de se conformer aux exigences du droit fédéral, et en particulier de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP).

La majorité du Grand Conseil partage ainsi l'appréciation des initiants quant à la nécessité de mettre fin au système de rentes à vie, mais considère que l'initiative populaire 174 n'apporterait qu'une solution partielle au problème soulevé. En effet, elle abolit la rente à vie et crée une indemnité de fin de fonction, mais ne règle pas la question de la prévoyance professionnelle. Pour traiter la question de la retraite des membres du Conseil d'Etat de manière plus globale, cette majorité a estimé nécessaire de lui opposer un contreprojet.

Celui-ci crée une distinction entre la prévoyance professionnelle, d'une part, et l'indemnisation de fin de fonction, d'autre part, mettant *de facto* fin au système actuel qui prévoit le versement d'une rente à vie dès la huitième année de fonction. En effet, le contreprojet prévoit que pour la prévoyance professionnelle, les membres du Conseil d'Etat et les magistrates et magistrats de la Cour des comptes soient affiliés à la Caisse de prévoyance de l'Etat de GE (CPEG) et bénéficient de la même prévoyance professionnelle que les fonctionnaires durant l'exercice de leur fonction. A leur entrée en fonction, ils transfèrent leur prestation de libre passage (PLP), acquise avant leur élection, à la CPEG. A la fin de leur mandat, ils toucheraient une rente de retraite ordinaire s'ils ont atteint l'âge minimal de la retraite ou récupéreraient leur PLP dans le cas contraire.

<sup>4</sup> [Loi concernant le traitement et la retraite des conseillers d'Etat et du chancelier d'Etat \(LTRCE\)](#) du 17.12.1976 ; RSG B 1 20.

<sup>5</sup> [Loi concernant le traitement et la retraite des magistrats de la Cour des comptes \(LTRCC\)](#) du 26.06.2008 ; RSG D 1 13.

Une *minorité du Grand Conseil* s'oppose à ce contreprojet, notamment parce qu'elle considère qu'une Caisse de pensions avec le système de la primauté des cotisations [ce qui n'est pas le cas à GE] offrirait un système plus juste car, quel que soit l'âge de départ à la retraite, la PLP correspondrait à ce qui a été cotisé par la personne assurée et par l'employeur, ainsi qu'aux intérêts. En primauté des prestations [comme à GE], jusqu'à l'âge de 45 ans, la personne assurée ne bénéficie pas des cotisations de l'employeur. Ainsi, une personne qui, par hypothèse, serait élue à 35 ans et partirait à 50 ans se retrouverait avec une PLP bien plus faible qu'en primauté des cotisations, ce qui pourrait décourager les jeunes de se présenter tant au Conseil d'Etat qu'à la Cour des comptes.

De son côté, le *Conseil d'Etat* souligne que – d'un point de vue pratique – l'initiative 174 n'étant pas formulée, en cas d'acceptation, une loi devrait être rédigée, alors que l'adoption par le Grand Conseil d'un contreprojet qui intègre l'abolition des rentes à vie pour les membres du Conseil d'Etat offrirait la possibilité de voir cet objectif atteint de manière plus rapide et plus efficace.

Le *Comité d'initiative* maintient son texte face au contreprojet du Grand Conseil, qui ne serait à ses yeux qu'une version allégée du système actuel alors que l'initiative permettrait d'y mettre fin. Malgré le point positif de la proposition du Grand Conseil qu'est l'affiliation des élues et élus à la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (CPEG), il regrette que le législatif, encore trop généreux, n'ait pas choisi de les mettre sur un pied d'égalité avec le reste de la population.

Lors de sa séance du 25.03.2021, la loi 12187 a été adoptée par le Grand Conseil par 50 oui contre 45 non et 0 abstention.

### 3. Question subsidiaire pour départager l'IN 174

et son contreprojet

**Initiative (54.69%)**

Participation

**54.0%**

Si l'initiative 174 et le contreprojet sont acceptés par le corps électoral, c'est le *résultat de la question subsidiaire* qui déterminera lequel des deux l'emporte. En effet, la constitution genevoise prévoit que, si le Grand Conseil oppose un contreprojet à une initiative, le peuple se prononce indépendamment sur chacune des deux questions, puis indique sa préférence en répondant à une question subsidiaire<sup>6</sup>.

Les électrices et électeurs sont donc invités à indiquer leur préférence entre l'initiative 174 et le contreprojet en répondant à la question subsidiaire (objet N° 3).

### 4. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République

et canton de Genève (Cst-GE) (Mécanisme de destitution d'un  
membre du Conseil d'Etat) (A 2 00 – 12827), du 1<sup>er</sup> juillet 2021

**OUI (91.55%)**

Participation

**54.0%**

Dans le canton de GE, il n'est actuellement pas possible de destituer un membre du Conseil d'Etat en fonction, c'est-à-dire de mettre fin à son mandat avant son échéance. La modification proposée par cette loi constitutionnelle a précisément pour objectif d'introduire dans la législation genevoise un mécanisme de destitution individuelle d'un membre du Conseil d'Etat. *Deux motifs* différents de

<sup>6</sup> Article 63 alinéa 3 de la [Constitution de la République et canton de Genève \(Cst-GE\) du 14.10.2012](#) ; RSG A 2 00.



**destitution sont prévus. La loi constitutionnelle fixe les principes des deux procédures ; leur mise en œuvre sera fixée dans des règles de rang législatif.**

Le *premier motif* concerne le cas où, lorsqu'en raison de son comportement, le membre du Conseil d'Etat n'est plus en mesure de bénéficier, auprès du corps électoral, d'une confiance suffisante pour exercer ses fonctions (*motif de la perte de confiance*). Cette procédure de destitution serait initiée par le dépôt d'une proposition de résolution de destitution signée par au moins 40 membres du Grand Conseil. La résolution de destitution devrait ensuite être acceptée à la majorité des trois quarts des voix exprimées, les abstentions n'étant pas prises en considération, mais au moins à la majorité des membres du Grand Conseil. Elle serait enfin soumise d'office au corps électoral (référendum obligatoire). En cas d'acceptation, le mandat du membre du Conseil d'Etat concerné prend fin dès que le résultat de l'opération électorale est validé et une nouvelle élection est organisée. Au vu de son caractère politique prépondérant, la résolution de destitution pour perte de confiance ne pourrait pas faire l'objet d'un recours judiciaire cantonal.

Le *second motif* vise le cas où un membre du Conseil d'Etat est durablement incapable d'exercer sa fonction, par exemple s'il est très gravement et durablement atteint dans sa santé, comme cela peut survenir en cas de coma suite à un accident (*motif de l'incapacité durable d'exercer la fonction*). La modification constitutionnelle proposée permettrait au législateur cantonal d'adopter des règles en vue de mettre en place un mécanisme de destitution dans ce genre de situations. La règle constitutionnelle prévue fixe toutefois d'ores et déjà que, contrairement à la destitution pour perte de confiance (premier motif), la destitution pour incapacité durable d'exercer la fonction ne serait pas soumise au corps électoral et pourrait faire l'objet d'un recours judiciaire cantonal.

Le *Conseil d'Etat* genevois est favorable, quant au principe, à l'adoption de règles concernant la destitution des membres de l'autorité exécutive cantonale. A ses yeux, la destitution doit néanmoins apparaître comme un acte tout à fait exceptionnel et, surtout, ne pas relever de motifs de politique partisane. Il souhaite également souligner la grande sensibilité du sujet, qui touche aux aspects les plus importants du fonctionnement de l'organe exécutif, dès lors qu'il a pour conséquence de défaire le résultat d'une élection populaire.

Lors de sa séance du 01.07.2021, le Grand Conseil a adopté la loi constitutionnelle 12827 par 92 oui contre 1 non et 1 abstention. Dès lors qu'il s'agit d'une modification de la Constitution de la République et Canton de Genève, le vote du corps électoral est obligatoire<sup>7</sup>.

## **5. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (Conseil administratif des communes) (A 2 00 – 12913), du 2 juillet 2021**

**Participation**

**OUI (90.39%)  
54.0%**

**Adoptée à l'unanimité par le Grand Conseil, cet amendement constitutionnel vise à modifier la composition de l'exécutif communal en instituant un conseil administratif formé de trois élus dans toutes les communes, à l'exception de la Ville de Genève qui continuera à en compter cinq. Sur les 45 communes que compte le canton, seules les 24 communes jusqu'à 3'000 habitants seraient ainsi**

<sup>7</sup> Article 65 de la [Constitution de la République et canton de Genève \(Cst-GE\) du 14.10.2012](#) ; RSG A 2 00.

**directement concernées par les changements induits par la réforme. Si le peuple l'accepte, elle entrerait en vigueur pour la prochaine législature municipale (2025-2030).**

L'exécutif communal est chargé de diriger et d'administrer la commune. Ses attributions consistent notamment en la gestion courante de la commune, l'exécution des délibérations du conseil municipal et l'exécution des lois, règlements et arrêtés dont la compétence relève de la commune.

Actuellement, dans les communes de 1 à 3'000 habitants, l'exécutif est constitué d'une ou d'un maire, secondé par deux adjoints. La personne occupant la fonction de maire dispose seule du pouvoir d'engager la commune. Elle peut déléguer une partie de ses fonctions à ses adjoints. Ce système concerne aujourd'hui 24 communes sur 45.

La réforme remplacerait ce modèle par celui déjà en vigueur dans les communes de plus de 3'000 habitants – excepté la Ville de Genève – à savoir un exécutif composé de trois membres disposant d'attributions et de responsabilités équivalentes et conjointes.

Le rôle de membre d'un exécutif communal a considérablement évolué du fait de la complexité croissante de la législation (urbanisme, développement durable, mobilité, gestion des ressources humaines, administration et finances). Il s'en est suivi, notamment dans les communes jusqu'à 3'000 habitants, une pression accrue sur les maires, seuls responsables de la gestion des communes. A titre illustratif, lors de la dernière législature, plusieurs communes ont rencontré des difficultés de gestion à la suite de l'absence de longue durée de leur maire pour des raisons de santé ou de la démission d'un autre membre de l'exécutif.

Le besoin d'une meilleure répartition des responsabilités au sein des exécutifs s'est donc fait sentir, qui devrait permettre une division plus adéquate du travail et une répartition plus équilibrée des responsabilités au sein de l'exécutif communal.

En effet, la fonction de maire pourra, à la suite de l'introduction d'un conseil administratif dans toutes les communes, être assumée tour à tour par l'un ou l'autre des membres de l'exécutif<sup>8</sup>. Les membres du conseil administratif pourront toutefois décider de maintenir ou non la même personne à la fonction de maire d'année en année, sauf en Ville de Genève, où la ou le maire n'est pas immédiatement rééligible (art. 42, al. 2 LAC).

Il s'agit d'éviter une potentielle surcharge et une concentration excessive de la responsabilité autour de la seule fonction de maire, une trop grande personnification de sa fonction et, dans certains cas, la frustration de ses adjoints.

De plus, la réforme devrait permettre un fonctionnement plus proche du principe de collégialité des exécutifs, principe ancré dans la culture institutionnelle suisse. Cette réforme du statut des adjoints devrait instaurer, dans les petites communes, davantage de culture du consensus, trois conseillers administratifs représentant des forces politiques, des convictions et des sensibilités diverses ayant plus de chances de convaincre ensemble le délibératif, de même que la population de la commune.

La répartition des tâches et des dicastères au sein de l'exécutif ne serait cependant pas modifiée par la réforme projetée, l'exécutif pouvant s'organiser librement en sa qualité d'autorité collégiale<sup>9</sup>.

Cette proposition de réforme a été bien accueillie par l'[Association des communes genevoises](#) (ACG), qui a émis un préavis favorable lors des deux consultations qui se sont tenues en 2019 et en 2020. L'ACG

---

<sup>8</sup> Article 42 alinéa 1 de la [loi sur l'administration des communes \(LAC\) du 13.04.1984](#) ; RSG B 6 05.

<sup>9</sup> Article 141 alinéa 1 de la [Constitution de la République et canton de Genève \(Cst-GE\) du 14.10.2012](#) ; RSG A 2 00.

a notamment souligné sa volonté de moderniser le système et d'harmoniser le régime entre les différentes communes.

## 6. Loi modifiant la loi sur les heures d'ouverture des magasins (LHOM) (12871 – I 1 05), du 30 avril 2021

**NON (53.79%)**

Participation

**54.0%**

La modification prévue de la loi cantonale sur les heures d'ouverture des magasins (LHOM) doit harmoniser les horaires des commerces<sup>10</sup>. Elle fixe l'heure normale de fermeture à 19h00, à l'exception du vendredi pour lequel celle-ci est maintenue à 19h30. L'horaire du samedi serait ainsi étendu de 18h00 à 19h00, tandis que la fermeture retardée hebdomadaire du jeudi à 21h00 (nocturne) serait supprimée. Ce texte a fait l'objet d'un référendum.

La loi modifiant la LHOM prévoit également la possibilité pour les commerces d'être ouverts et d'occuper du personnel trois dimanches par an jusqu'à 17h00. Il est précisé que les dimanches concernés sont déterminés par le service de police du commerce et de lutte contre le travail au noir (PCTN) après consultation des partenaires sociaux. Le personnel appelé à travailler ces dimanches doit avoir donné son accord et percevoir les compensations prévues par les usages pour le travail dominical, comme c'est déjà le cas pour l'ouverture des commerces le 31 décembre (jour férié genevois). Cette modification devrait pérenniser le régime appliqué durant une période expérimentale échue (15.06.2019 – 31.12.2020) et n'exigerait plus – comme c'est le cas actuellement dans la loi – l'existence d'une convention collective de travail étendue à la branche du commerce de détail.

Pour une *majorité du Grand Conseil*, la loi modifiant la LHOM répond à la nécessité d'adapter les conditions-cadre du secteur du commerce de détail, afin de pallier les difficultés auxquelles il est confronté en raison de l'évolution des habitudes de consommation.

Une *minorité du Grand Conseil* relève de son côté que cette modification des conditions-cadre du commerce de détail se ferait au détriment du personnel de vente, majoritairement féminin, et qu'elle ne serait pas à même de modifier les nouvelles tendances de consommation, lesquelles seraient, selon elle, motivées par des considérations de prix et non d'horaire.

Elle considère que l'élargissement de l'horaire d'ouverture à 19h00 le samedi, journée la plus fatigante de la semaine, aurait des effets négatifs sur la santé des employées concernées et rendrait plus difficile la conciliation entre vie familiale et professionnelle. Elle estime par ailleurs que les modifications prévues profiteraient essentiellement aux grandes enseignes qui ont la capacité d'organiser des rotations de leur personnel.

Le *Conseil d'Etat* constate quant à lui que si les prix constituent la raison principale de l'évolution des habitudes de consommation, l'impact d'un réaménagement des heures et des possibilités d'ouverture des commerces genevois ne devrait pas être sous-estimé ; les horaires d'ouverture plus attractifs pratiqués en dehors des frontières cantonales auraient une influence sur l'évasion du pouvoir d'achat, notamment les samedis et dimanches.

Le *Comité référendaire* conteste une attaque directe aux conditions de travail du personnel de la vente, d'une part en contournant l'obligation de négociation avec les représentant-e-s des salarié-e-s et d'autre part en allongeant l'horaire de travail du samedi d'une heure. La modification de la loi signifierait surtout

<sup>10</sup> [Loi sur les heures d'ouverture des magasins \(LHOM\) du 15.11.1968](#) ; RSG I 1 05.

la fin de l'obligation pour les employeurs de négocier une convention collective de travail (CCT) pour réaliser ces ouvertures dominicales. Autrement dit, les employeurs voudraient le beurre (les ouvertures des dimanches et l'allongement de l'horaire des samedis) et l'argent du beurre (sans avoir à négocier en contrepartie des protections pour le personnel).

Par ailleurs, l'expérience des deux dernières années aurait démontré que l'ouverture dominicale sans CCT ne permettrait pas de créer des emplois. La création d'emploi induite par l'extension des horaires d'ouverture sans protection des salarié-e-s serait un leurre se traduisant par des horaires fractionnés sur la semaine pour le personnel déjà employé. Le personnel de livraison, de nettoyage, de sécurité et des transports ferait aussi les frais de cette extension.

Les propriétaires de petits commerces peuvent déjà ouvrir en dehors des horaires définis dans la loi, à condition qu'ils n'occupent pas de personnel. Cette disposition est un avantage certain pour les petites entreprises dans la lutte acharnée pour survivre face aux grosses enseignes. En permettant d'étendre les horaires d'ouverture des commerces, la destruction des petits commerces risquerait de s'accélérer significativement.

Dans le même ordre d'idées, l'extension des ouvertures des commerces ne permettrait pas de rapatrier la clientèle qui fait aujourd'hui ses achats en France ou sur internet, car ce tourisme de consommation serait surtout dicté par la différence de prix.

#### Note

Cette thématique a fait l'objet de plusieurs votations dans les cantons au cours de ces dernières années ; cf. [Kantonales Abstimmungsverzeichnis – Index des votations cantonales](#) sous ch. 10.3.

Lors de sa séance du 30.04.2021, le Grand Conseil a adopté la loi 12871 par 56 oui contre 41 non et 1 abstention.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# LU



**Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz in**

**Luzern Nord (Emmen)**

**Stimmbeteiligung**

**JA (64.91%)**

**67.12%**

**Am Seetalplatz soll auf einem kantonseigenen Grundstück ein wirtschaftliches Bürogebäude für einen Grossteil der kantonalen Verwaltung realisiert werden. Statt Dutzende von angemieteten Büros**

**UNI  
FR**

**UNIVERSITÉ DE FRIBOURG FACULTÉ DE DROIT  
UNIVERSITÄT FREIBURG RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT**

zu belegen, die sich über die Stadt und Agglomeration Luzern verteilen, soll die Verwaltung in einen eigenen Neubau auf dem Seetalplatz in Emmenbrücke einziehen. Das würde namentlich **Kosteneinsparungen** für den Kanton von jährlich CHF 9 Mio. ergeben.

**Der wirtschaftliche, in Holz- und Betonbauweise erstellte Neubau erfüllt hohe energetische und ökologische Standards. Das geplante Verwaltungsgebäude kostet CHF 177.4 Mio. und soll Mitte 2026 bezugsbereit sein.**

Die Bevölkerung des Kantons LU würde mit dem Verwaltungsneubau eine zentrale Anlauf-, Auskunft- und Beratungsstelle im neuen Stadtteil Luzern Nord erhalten, der mit allen Verkehrsmitteln bestens erschlossen ist. Es soll ein attraktives, nachhaltiges Gebäude erstellt werden, in dem auch Läden und andere öffentliche Nutzungen vorgesehen sind.

Die wichtigsten Vorteile eines gemeinsamen Neubaus für einen Grossteil der kantonalen Verwaltung sind:

- Die Verwaltung würde für die Bevölkerung viele verschiedene Dienstleistungen unter einem Dach anbieten können: z. B. das Passbüro, einen Polizeiposten, die Dienststelle Steuern, das Handelsregister, das Amt für Migration, die Dienststelle Umwelt und Energie und das Grundbuchamt Luzern Ost.
- Die Verwaltungsarbeit könnte effizienter gestaltet werden. Für 1'450 Mitarbeitende würden nur noch rund 950 Arbeitsplätze geschaffen; damit könnten die heutigen Büroflächen um 40 Prozent reduziert werden.
- Die heutigen Büros, vor allem in der Stadt Luzern, könnte man künftig besser nutzen: Ihre Fläche entspricht rund 250 Vier-Zimmer-Wohnungen oder Hunderten von Arbeitsplätzen von privaten Firmen.



*Der geplante Neubau (vorne) von der Bahnunterführung her gesehen; rechts der bereits realisierte Busbahnhof*

*Quelle:  
Abstimmungsbroschüre  
S. 3*

Der Kantonsrat hat einen Kredit in Höhe von CHF 177.4 Mio. für den Bau des Gebäudes mit 104 zu 1 Stimmen beschlossen und empfiehlt den Luzerner Stimmberechtigten die Zustimmung zu diesem Projekt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :

[Bericht des Regierungsrates](#)

[Erklärvideo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## NE



Décret du 31 mars 2021 portant octroi d'un crédit d'engagement de 186'000'000 francs pour la réalisation du contournement est de La Chaux-de-Fonds par la route principale suisse H18

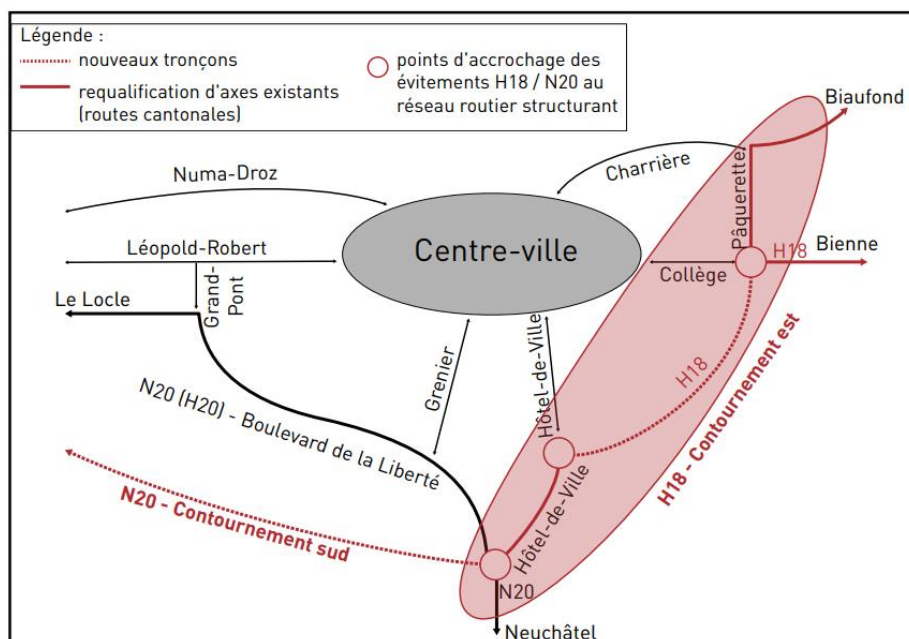
**OUI (77.12%)**  
**47.88%**

### Participation

La route principale suisse H18 reliant Bâle à La Chaux-de-Fonds traverse le centre historique de la ville de La Chaux-de-Fonds. Sur l'avenue Léopold Robert, un trafic journalier moyen (TJM) de plus de 22'000 véhicules emprunte cet axe qui, à l'avenir, devrait être désengorgé pour réduire les nuisances du trafic, renforcer la qualité de vie et exploiter le potentiel résidentiel et commercial du centre-ville historique de La Chaux-de-Fonds.

Accepté à une large majorité par le Grand Conseil, le crédit de CHF 186 Mio. (dont 112.8 Mio. de subventions fédérales) a fait l'objet d'un référendum.

Ce projet fait suite à plus de 30 ans d'études et d'expertises afin de déterminer quelle est la meilleure variante pour sortir le trafic de transit de la ville. Elle a par ailleurs fait l'objet de discussions avec les Cantons de Berne et du Jura, qui lui apportent leur soutien.



Le contournement H18 – un projet majeur de la stratégie Neuchâtel Mobilité 2030 – devrait servir à capter une part importante du trafic routier (de transit et interne à la ville) pour éviter qu’il ne traverse le centre-ville historique comme c’est le cas aujourd’hui. Avec la diminution d’un volume d’environ 12’500 véhicules journaliers qui emprunteraient le contournement H18 à moyen terme, la mobilité en ville de La Chaux-de-Fonds serait fondamentalement modifiée. La majorité des flux au centre-ville seraient alors constitués de trafic interne en relation avec les activités de la cité (habitat, travail, commerces, loisirs, etc.).

Pour le *comité référendaire*, le tunnel de contournement proposé n’est plus le projet initial de 2009. Etant raccourci, il engendrerait un « contournement bancal » qui commence et finit en ville. En outre, ce projet créerait un goulet d’étranglement à la rue de l’Hôtel-de-Ville ; il provoquerait de grandes augmentations de trafic sur des rues déjà encombrées ; pour le prix, il n’externaliserait que 6’000 véhicules/jour ; il déplacerait essentiellement des flux internes, ce qui augmenterait les kilomètres parcourus en ville ; en outre rien ne garantirait que le centre-ville devienne piétonnier ; finalement, il détruirait un beau paysage et des terres agricoles.

A l’heure où il convient de penser au climat, ce projet serait irresponsable selon le comité référendaire. Dès lors, une motion populaire a été déposée en parallèle du référendum pour demander que la part cantonale dédiée à la H18 [CHF 73.2 Mio.] soit allouée au désencombrement du centre-ville, mais en respectant le climat, l’environnement et les habitant·e·s, de manière à véritablement désencombrer le centre-ville et profiler La Chaux-de-Fonds dans le XXI<sup>ème</sup> siècle.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d’informations touchant la votation :**

[Vot'Info](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l’aperçu](#)

# OW



**Nachtrag zum Gesundheitsgesetz**

**JA (59.30%)**

**Stimmbeteiligung**

**72.11%**

Das geltende Gesundheitsgesetz stammt aus dem Jahr 2015.<sup>11</sup> Seither haben sich zahlreiche Vorschriften des Bundes geändert, weshalb eine Revision notwendig erscheint. Damit das kantonale Gesundheitsgesetz wieder mit dem übergeordneten Bundesrecht übereinstimmt, soll es mit dem Nachtrag auf den neusten Stand gebracht werden.

Die meisten Änderungen im Nachtrag sind vom übergeordneten Bundesrecht vorgegeben und damit für den Kanton verbindlich. Um Widersprüche und Regelungslücken zu vermeiden, soll das kantonale Gesundheitsgesetz revidiert werden.

<sup>11</sup> [Gesundheitsgesetz vom 03.12.2015](#); GDB 810.1.

Schwerpunkte des Nachtrags sind Präzisierungen im Bewilligungswesen, die Schaffung der Grundlagen für elektronische Patientendossiers, die Abgrenzung von Zuständigkeiten sowie die stufengerechte Zuweisung von Aufgaben nach den Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts.

Der Nachtrag betrifft auch das Thema Impfen. Das Bundesrecht verpflichtet den Kanton, bei Bedarf die notwendige Infrastruktur für öffentliche Impfungen bereitzustellen. Ein aktuelles Beispiel ist das kantonale Corona-Impfzentrum. Zuständig hierfür sei neu nicht mehr das Finanzdepartement, sondern der Regierungsrat.

Wie bisher könnten Gesundheitsfachpersonen und Gesundheitsinstitutionen zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten verpflichtet werden. Neu soll ausdrücklich festgehalten werden, dass die entstehenden Kosten ersetzt werden, soweit sie nicht anderweitig gedeckt sind. Eine Mitwirkung ohne Entschädigung ist nicht vorgesehen.

Damit Einrichtungen mit einem hohen Übertragungsrisiko (z.B. Schulen oder Heime) die notwendigen Schutzvorkehrungen vor übertragbaren Krankheiten treffen können, dürfen Behörden und beigezogene Gesundheitsfachpersonen notwendige Personen- und Gesundheitsdaten weitergeben. Es soll vermieden werden, dass aus Gründen des Datenschutzes nicht auf eine schwerwiegende Gefahr hingewiesen werden darf. Bei einer Ablehnung des Nachtrags wäre das geltende Gesundheitsgesetz nicht auf dem neusten Stand. Der Vollzug des Gesundheitsrechts wäre wegen Gesetzeslücken und Unklarheiten erschwert. Das würde zu einem Mehraufwand und zu Verzögerungen führen.

Gegen den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz wurde das Referendum ergriffen.

Aus Sicht der *Referendumsstellenden* seien neben der Impfthematik auch noch weitere vorgesehene Gesetzesanpassungen problematisch. Neu soll der Regierungsrat gemäss Art. 8 Abs. 2 Bst. c die Kompetenz erhalten «öffentliche Impfungen durchführen zu lassen». Die Bedeutung davon sei unklar und wurde vom Regierungsrat auf Nachfrage nicht erklärt.

Das Betreiben von Impfzentren ist aus Sicht der Referendumsstellenden von der bundesrechtlichen Regelung abgedeckt, weshalb der neu beabsichtigte Zusatz nicht nötig sei, da er nur zu Unklarheiten führen würde.

Gemäss Art. 70b Abs. 3 könnte der Kanton Beiträge gewähren für die aufgrund der Mitwirkungspflicht entstandenen Kosten, soweit diese Kosten nicht anderweitig gedeckt sind. Für die Referendumsstellenden sei es unerlässlich, dass der Regierungsrat respektive der Kanton die zwangsverpflichteten privaten Personen und Institutionen entschädigen müsse.

Der *Regierungsrat* unterstreicht dagegen die Wichtigkeit einer Revision.

Die Mitwirkungsverpflichtung für Gesundheitspersonal in ausserordentlichen Situationen bestehe bereits heute. Im geltenden Recht fehle jedoch eine Regelung über die Entschädigung. Diese Lücke soll mit dem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz geschlossen werden.

Mit dem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz soll eine klare Rechtsgrundlage geschaffen werden, damit der Kanton und die Gesundheitsinstitutionen Daten untereinander austauschen könnten, soweit das für die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten notwendig ist. Ein solcher Datenaustausch liege im öffentlichen Interesse.

Auch wenn der Nachtrag zum Gesundheitsgesetz eine mehrheitlich technische Vorlage ist, besteht laut Behörden ein Handlungsbedarf. Das Gesundheitsgesetz müsse an die Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts angepasst werden, damit die Zuständigkeiten innerhalb des Kantons klar sind. Der Kanton



würde durch den Nachtrag weder im Bereich der Impfungen noch in anderen Bereichen neue Kompetenzen erhalten, die er nicht bereits heute hat.

Der Regierungsrat und der Kantonsrat (51 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen) empfehlen ein Ja zum Nachtrag zum Gesundheitsgesetz.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# SH



**Änderung des Steuergesetzes (Anpassungen an Bundesrecht;  
Flexibilisierung Gewinnsteuersatz)**

**JA (68.14%)  
75.10%**

**Stimmbeteiligung**

Das kantonale Steuergesetz<sup>12</sup> soll revidiert werden. Durch verschiedene Änderungen sollen Mindereinnahmen vermieden, Mehrausgaben verhindert und allenfalls höhere Steuereinnahmen generiert werden.

Die Vorlage umfasst drei Bereiche:

- Anpassungen an das Bundesrecht – Kein Abzug mehr für Bestechungsgelder an Private und für ausländische Bussen
- Flexibilisierung des Gewinnsteuersatz mittels Zusatzbesteuerung – Erhalt der steuerlichen Attraktivität
- Kleinere redaktionelle Anpassungen – Wegfall Aufwandbesteuerung

Anpassungen an das Bundesrecht:

Bestechungsgelder an Private und im Regelfall ausländische Bussen dürfen steuerlich nicht mehr als Aufwand geltend gemacht werden. Bestechungsgelder an Amtsträger sollen wie bis anhin nicht abzugsfähig sein. Wegen Änderungen des Aktienrechts müssten Begriffe im Steuerrecht angepasst werden.

Flexibilisierung Gewinnsteuersatz:

Weltweit gibt es Bestrebungen, einen minimalen Steuersatz für international tätige Unternehmen einzuführen. Damit der Kanton SH für betroffene Unternehmen weiterhin attraktiv bleibt, soll nach dem Vorbild anderer Kantone der Gewinnsteuersatz für Unternehmen auf deren Antrag hin erhöht – nicht aber reduziert – werden können, so dass er einer aus Sicht eines anderen Staates akzeptierten Höhe entspricht. Diese Zusatzbesteuerung könnte zu höheren Steuereinnahmen führen.

Redaktionelle Anpassungen:

Neben einer redaktionellen Anpassung von Art. 192a StG und des Randtitels zu Art. 194 StG sollen die Bestimmungen zur Aufwandbesteuerung formell aufgehoben werden, da die bundesrechtliche Grundlage weggefallen ist.

<sup>12</sup> [Gesetz über die direkten Steuern vom 20.03.2000](#); GS 641.100.

Eine *Mehrheit des Kantonsrats* befürwortet die Vorlage. Begrüsst wurde, dass Bestechungszahlungen und ausländische Bussen nicht mehr abzugsfähig sind. Ebenfalls für richtig erachtete der Kantonsrat die Abschaffung der Pauschalsteuer und die übrigen redaktionellen Änderungen.

Eine *Minderheit der Kantonsrätinnen und Kantonsräte* lehnte die Bestimmung für eine Zusatzbesteuerung für Unternehmen ab, da dies nur eine Zwischenlösung sei, bevor in allen Ländern ein Mindestsatz von 15% bei einem Umsatz von über CHF 750 Mio. vorgesehen werde.

Der Kantonsrat hat der vorliegenden Änderung des Steuergesetzes mit 42 Ja- zu 6 Nein-Stimmen sowie 5 Enthaltungen zugestimmt.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Abstimmungs-Magazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# UR



## Baukredit für den Ersatzneubau des Werkhofs Betrieb

Kantonsstrassen

Stimmbeteiligung

**JA (68.81%)**  
**66.48%**

Der Werkhof des Betriebs Kantonsstrassen soll erneuert werden. Die fünf heute genutzten Betriebsgebäude auf dem Areal *Galgenwäldli* stammen teilweise aus den 1950er-Jahren, stehen am Ende ihrer Lebensdauer und sind komplett veraltet.

Der Stützpunkt *Galgenwäldli* ist die zentrale Drehscheibe für den Strassenunterhalt im Kanton UR. Er umfasst fünf einzelne Gebäude, die auf einer Fläche von rund 4'800m<sup>2</sup> angeordnet sind. Dort untergebracht sind mehrere Werkstätten (inklusive einer Schmiede), ein Salz- und Materiallager, Einstellplätze für Fahrzeuge und Gerätschaften sowie die Verwaltung und Administration.



Visualisierung Ansicht Süd (Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 13)

Die Gebäude wurden zwischen 1950 und 1988 erstellt und sind in der Zwischenzeit veraltet. Der modernste Teil des Gebäudekomplexes wurde vor mehr als 30 Jahren in Betrieb genommen. Seither wurden die Gebäude weder ausgebaut noch einer umfassenden Sanierung unterzogen.

Der Ersatzneubau des Werkhofs soll an einem neuen Ort gebaut werden, an zentraler Lage im Gebiet Rossgiessen im Industriegebiet Schattdorf. So könnte das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht und auf Provisorien während des Baus verzichtet werden.

Der Werkhof des Betriebs Kantonsstrassen ist das Herzstück für den Strassenunterhalt im Kanton UR. Von hier aus starten die Arbeitsteams und Einsatzfahrzeuge zu ihren täglichen Einsätzen. Mit dem Ersatzneubau soll sichergestellt werden, dass der Unterhalt der Urner Strassen auch in Zukunft zuverlässig und sicher erfüllt wird.

Der geplante Ersatzneubau sieht Investitionen in der Höhe von CHF 10.9 Mio. (+/- 10 Prozent) vor.

Landrat und Regierungsrat empfehlen die Annahme des Kredits.

### **Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Abstimmungsbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# VS



## **Initiative populaire « Pour un canton du Valais sans grands prédateurs »**

**Participation**

**OUI (62.67%)**  
**65.22%**

Validée par le Conseil d'Etat, puis adoptée par le Grand Conseil le 15.10.2020 pour la soumettre au vote populaire, cette initiative propose l'introduction d'un nouvel article dans la Constitution cantonale, afin que le Valais puisse mieux se prémunir contre les grands prédateurs que sont le loup, l'ours, le lynx et le chacal doré, sur son territoire.

Concrètement, la population des grands prédateurs devrait être limitée et régulée par des prescriptions et la promotion de leur population serait interdite.

Cette initiative a été lancée au regard de l'évolution de la problématique des grands prédateurs et notamment à la suite d'une procédure similaire menée dans le canton d'UR. D'ailleurs, le texte original de l'initiative valaisanne correspond à l'initiative du même nom («*Zur Regulierung von Grossraubtieren im Kanton Uri*»), acceptée par 70.22% de oui avec une participation de 33.60% dans le canton d'UR le 10.02.2019<sup>13</sup>.

<sup>13</sup> Cf. [Newsletter de l'IFF du 10.02.2019](#), p. 34 s. On y retrouve les mêmes motifs d'invalidation partielle de l'initiative.

### Une histoire semée d'embûches

L'initiative populaire « Pour un canton du Valais sans grands prédateurs » a été déposée auprès de la Chancellerie d'Etat en janvier 2017. Le 24.07.2017, le Service parlementaire du Grand Conseil a demandé à l'Office fédéral de la justice (OFJ) un examen préalable non contraignant de cette initiative constitutionnelle cantonale. Dans son rapport, l'OFJ a conclu que la première partie du texte « Le canton édicte des prescriptions pour la protection contre les grands prédateurs et pour la limitation et la régulation de leur population » était compatible avec le droit fédéral, du point de vue du principe de faveur<sup>14</sup>. La seconde partie en revanche, celle concernant l'interdiction « d'introduction et de mise en liberté de grands prédateurs » a été déclarée non compatible avec le droit fédéral.

Dès lors, la sous-commission de la Commission de justice a procédé à un examen approfondi du texte en consultant le comité d'initiative et en commandant plusieurs avis de droit. Lors de l'assemblée plénière du 21.06.2018, la Commission de justice a annoncé l'irrecevabilité de l'initiative et a adopté son rapport à l'attention du Grand Conseil (LOCRP art. 115 al. 2<sup>15</sup>). En parallèle, compte tenu de la votation fédérale quant à la nouvelle révision de la loi fédérale sur la chasse, les auteurs de l'initiative ont demandé une suspension de la procédure en attendant les résultats.

Le 09.09.2019, le comité d'initiative a remis à la Chancellerie d'Etat une déclaration écrite indiquant que, conformément au principe de faveur, il était prêt à renoncer à la clause relative « aux lâchés et la mise en liberté de grands prédateurs ». Le 12.09.2019, en se fondant sur les clarifications juridiques de l'OFJ, le Grand Conseil a déclaré l'initiative recevable avec une teneur modifiée comme suit :

*« L'Etat édicte des prescriptions relatives à la protection contre les grands prédateurs ainsi qu'à la limitation et à la régulation de leur effectif. La promotion de la population des grands prédateurs est interdite ».*

Compte tenu de la modification effectuée, l'initiative populaire a été acceptée par le Grand Conseil, déclarée recevable et valable dans sa formulation définitive.

Le *comité d'initiative* fait valoir que l'initiative se base essentiellement sur l'évolution exponentielle de la population du loup en Suisse, quoique des ours puissent également migrer à tout moment d'Italie et de France. Une fois formée une meute, sa population augmente chaque année de 25 à 35%. S'il y avait en Suisse, en 2019, 83 loups, il y en aurait entre 1'500 et 2'250 en 2030, dont environ 525 à 800 en VS, une évolution intolérable car elle engendrerait des coûts et des efforts supplémentaires pour les éleveurs et les contribuables. Attaqués, les animaux souffriraient atrocement et seraient, dans le pire des cas, dévorés vivants. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), 8'000 animaux sauvages et 7'548 animaux domestiques ont été attaqués et ont perdu la vie de manière cruelle à la fin 2020 (bovins, chevaux, ânes, moutons, chèvres, chèvres naines, camélidés du Nouveau Monde, lamas, alpagas, et même des cervidés d'élevage comme les daims, les cerfs rouges et les cerfs sika). Le canton étant responsable de la sécurité publique, il doit donc assurer la protection de ses citoyens et citoyennes ainsi que de leurs biens.

<sup>14</sup> Le principe de faveur est une exception à la hiérarchie des normes, sans pour autant procéder à une inversion, puisqu'il ne prend effet que sous réserve du respect des dispositions légales qu'il permet de supplanter.

<sup>15</sup> [Loi sur l'organisation des Conseils et les rapports entre les pouvoirs \(LOCRP\) du 28.03.1996](#) ; RSV RS 171.1.

Plusieurs *arguments* sont avancés pour *combattre* ce projet d'initiative populaire, notamment :

- La gestion des espèces protégées étant régie par des législations fédérales voire internationales, les intentions de cette initiative seraient inapplicables ; en revanche, elle comporterait des risques majeurs pour la préservation de la faune et de la nature valaisannes.
- La phrase « la promotion de la population des grands prédateurs est interdite » serait problématique car floue et donc sujette à une très large interprétation, ce qui menacerait *in fine* la liberté d'expression.
- Il n'existe pas de définition de « grand prédateur » ; l'initiative menacerait des espèces emblématiques et fragiles comme le lynx, mais aussi d'autres comme l'aigle royal et le hibou grand-duc.
- Cette initiative n'apporterait aucune solution concrète à la protection des troupeaux.
- L'initiative contiendrait de nombreux vices de forme et de procédure, sans compter une erreur de traduction. Aujourd'hui encore le titre de l'initiative, contraire au droit fédéral, induirait en erreur.
- L'initiative ferait une publicité néfaste et coûteuse au Valais et nuirait à l'image du canton.

Le *Conseil d'Etat* considère que l'acceptation de l'initiative « Pour un canton du Valais sans grands prédateurs » ne changerait pas grand-chose, puisque ses exigences sont déjà appliquées. Le gouvernement cantonal estime cependant que la votation populaire devrait être considérée comme un indicateur important de l'opinion publique et de l'acceptation de la population en ce qui concerne la problématique des grands prédateurs. Il recommande, dès lors, l'acceptation de cette initiative.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Brochure](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# ZH



**Energiegesetz (EnerG) (Änderung vom 19. April 2021,  
Umsetzung der MuKE 2014)**

**Stimmbeteiligung**

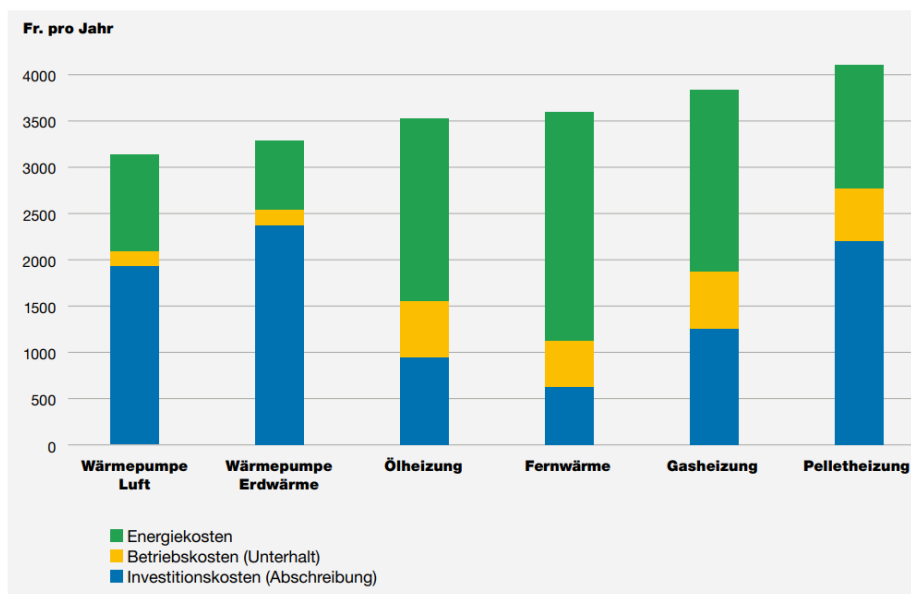
**JA (62.63%)  
63.10%**

Mit der Änderung des Energiegesetzes soll im Kanton ZH eine Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz im Gebäudebereich geschaffen werden. Öl- und Gasheizungen müssten künftig am Ende ihrer Lebensdauer durch klimaneutrale Heizungen ersetzt werden. Um hohe Kosten und Härtefälle zu vermeiden, sind Ausnahmeregelungen vorgesehen. Mit erhöhten finanziellen Beiträgen des Kantons an klimaneutrale Heizungen soll der Umstieg erleichtert werden. Die Änderung des Energiegesetzes setzt schliesslich die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, Ausgabe 2014 (MuKE 2014), um.

Gegen die vom Kantonsrat beschlossene Umsetzungsvorlage hat der Hauseigentümergebiet der Kanton ZH ein Referendum ergriffen. Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen die Annahme der Vorlage.

Heute wird mehr als jede zweite Öl- oder Gasheizung am Ende ihrer Lebensdauer durch eine neue Öl- oder Gasheizung ersetzt. Damit erreicht der Kanton ZH seine Klimaziele nicht. Laut einer Umfrage in der Stadt Zürich haben sich weniger als die Hälfte der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer beim Heizungsersatz mit Alternativen zu Öl und Gas befasst. Um die Klimaziele zu erreichen, bräuchte es daher verbindliche Regeln für den Ersatz von Heizungen.

Mit bereits heute vorhandenen Technologien lassen sich die klimabelastenden Öl- und Gasheizungen durch saubere, moderne Heizsysteme ersetzen. Diese Lösungen sind in den meisten Fällen langfristig sogar günstiger als Öl- und Gasheizungen (vgl. Grafik hier unten). Zwar könnte beispielsweise die Anschaffung einer Wärmepumpe zwei bis dreimal so viel kosten wie eine Öl- oder Gasheizung. Im Betrieb wäre die Wärmepumpe jedoch deutlich günstiger. Über die gesamte Lebensdauer von rund 20 Jahren betrachtet soll sich deshalb die Investition in eine Wärmepumpe lohnen.



Über die gesamte Lebensdauer gerechnet ist eine Wärmepumpe heute häufig günstiger als eine Öl- oder Gasheizung. Beispiel: Ölheizungsersatz Einfamilienhaus, jährliche Kosten bei 20 Jahren Betriebsdauer, bisheriger Verbrauch 2'200 Liter Heizöl, Förderbeiträge berücksichtigt.

Quelle: [erneuerbarheizen.ch](http://erneuerbarheizen.ch)

Die kantonalen Behörden brachten eine Vielzahl von Argumenten für das neue Gesetz vor:

Der Umstieg auf ein klimaneutrales System soll nur verpflichtend sein, wenn er technisch möglich und finanziell tragbar ist. Eine Härtefallregelung würde greifen, wenn eine Hauseigentümerin oder ein Hauseigentümer die Investitionskosten eines Umstiegs nicht tragen kann. Mit der Gesetzesänderung würde der jährliche kantonale Gesamtbetrag für Förderungen im Energiebereich von CHF 8 Mio. auf 15 Mio. erhöht. Zusammen mit den Bundesgeldern sollen so jährlich rund CHF 65 Mio. zur Verfügung stehen, also CHF 20 Mio. mehr als heute.

Das Gesetz soll nicht nur Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer vor hohen Mehrkosten schützen, sondern auch Mieterinnen und Mieter. Während durch die höheren Anfangsinvestitionen für eine klimaneutrale Heizung die Mietzinsen leicht steigen könnten, sollen die Nebenkosten (Kosten für Heizenergie) sinken.

Übrigens sollen Neubauten und Erweiterungen von bestehenden Gebäuden künftig mindestens dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Sie müssen so gebaut und ausgerüstet werden, dass der Energiebedarf für Heizung, Warmwasser, Lüftung und Klimatisierung möglichst gering sei.

Mit dem Umstieg auf klimaneutrale Heizsysteme soll ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Zudem soll er die Abhängigkeit von Exportländern von Öl und Gas reduzieren. Und mit der Änderung des Energiegesetzes sollen die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, Ausgabe 2014 (MuKE 2014), umgesetzt werden. Bei den MuKE 2014 handelt es sich um das von den Kantonen gemeinsam erarbeitete Gesamtpaket energierechtlicher Vorschriften im Gebäudebereich. Rund die Hälfte aller Kantone kennt bereits ähnliche Vorschriften.<sup>16</sup>

### **Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE)**

Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) sind einheitliche energetische Bauvorschriften, die von allen Kantonen mitgetragen werden. Die MuKE haben eine bewährte Tradition. Sie wurden von der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren erstmals im Jahre 1992 erarbeitet und hiessen «Musterverordnung für die rationelle Energienutzung im Hochbau». Die MuKE 2014 bilden bereits die vierte Auflage dieser Mustervorschriften. Primäres Ziel ist die Harmonisierung der unterschiedlichen Regelungen der Kantone. Die Vorschriften orientieren sich an den neusten technologischen Entwicklungen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes und der kantonalen Energiestrategie.

Quelle: Abstimmungsbroschüre Bern ([Newsletter des IFF vom 10.02.2019](#), S. 4)

Eine *Minderheit des Kantonsrates* steht hinter den neuen Mustervorschriften für Kantone im Energiebereich (MuKE 2014). Sie lehnt aber deren spezifische Zürcher Umsetzung im vorliegenden Energiegesetz ab, weil sie Eigeninitiative und Innovationen nicht fördere.

Erstens lege die Zürcher Version fest, dass beim Ersatz von Wärmeerzeugern (Heizungen, Boiler) in bestehenden Gebäuden ausschliesslich erneuerbare Energien zum Zug kommen müssen, falls das technisch machbar ist und über die Lebensdauer nicht mehr als 5 Prozent teurer wird. Die Einschränkungen «technisch machbar» und «nicht teurer als 5 Prozent über die Lebensdauerwürden würden darüber hinwegtäuschen, dass hohe Anfangsinvestitionen für solche Anlagen erforderlich seien.

Zweitens würden für die meisten Gebäude hohe Investitionen notwendig. Selbst bei Bewilligung einer Ausnahme müssten die Eigentümerinnen und Eigentümer dafür sorgen, dass mindestens 10 Prozent des Energiebedarfs der Baute durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Dies habe einen hohen bürokratischen Mehraufwand zur Folge.

Nach der Meinung des *Referendumskomitees* greift das Energiegesetz zu weit. Es würde neue Verbote und massiv höhere Kosten für Mieterinnen und Mieter sowie Hauseigentümerinnen und -eigentümer zur Folge haben. Das Komitee erachtet die bereits bestehenden Mustervorschriften für genügend und kritisiert weitere Verschärfungen.

Am 19.04.2021 hat der Kantonsrat die Änderung des Energiegesetzes mit 121 zu 46 Stimmen zugestimmt.

<sup>16</sup> Im Kanton BE wurde eine ähnliche Änderung des Energiegesetzes betreffend Angleichung an MuKE 2014 mit 50.60% Nein abgelehnt (Stimmbeteiligung: 37.90%); vgl. [Newsletter des IFF vom 10.02.2019](#), S. 4 f.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :**

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)